Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

# Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

## DFG Projekt Die Grenzboten

# Die Grenzboten

## Berlin u.a., 1841 - 1922

Oestreich und Preußen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Visual Library

# Oestreich und Preußen.

Die Antwort der östreichischen Regierung auf die preußische Note hält zwar den Standpunkt der früheren Eröffnungen sehr entschieden fest, sie ist aber in einer versöhnlichen Form geschrieben und zeigt, daß es dem Wiener Cabinet ernstlich auf die Allianz mit Preußen ankommt. Das innige Einverständniß zwischen Oestreich und Preußen ist in der That für beide Monarchien und namentlich für Deutschland eine dringende Nothwendigkeit, und diese Nothwendigkeit hat den großen Vorzug, auch möglich zu sein. Wir wollen einen Augenblick bei dieser Möglichkeit verweilen, da sich seit dem Jahre 1848 bei einem großen Theil der Presse die Ansicht festgesetzt zu haben scheint, die Erneuerung Deutschlands sei nur durch einen Kampf zwischen Oestreich und Preußen zu erreichen.

Diese Ansicht schreibt sich von zwei Umständen her: einmal von der Idee, der Territorialumfang des früheren heiligen römischen Reiches deutscher Nation müsse zu einem Einheitsstaat in moderner Form verschmolzen werden. Dieser Zweck ist freilich nur zu erreichen, wenn von den beiden deutschen Großmächten die eine untergeht, da sich freiwillig die eine der andern nicht unterordnen wird, ja nicht unterordnen kann, denn bei Staaten, die einen Inhalt, ein geistiges Lebensmotiv haben, hängt der Selbstmord keineswegs vom bloßen Entschluß ab. In der ersten Zeit der Revolution war also die öffentliche Meinung, die, soweit sie sich laut aussprach, fast ausschließlich der Demokratie angehörte, für eine Vernichtung Preußens, oder wie es damals hieß, für ein Aufgehen Preußens in Deutschland. Oestreich schien seinen Uebergang vom Absolutismus zur constituonellen Staatsform auf eine fast ganz friedliche Weise zu bewerkstelligen, während in Preußen durch eine wunderliche Verwicklung von Umständen die Demokratie sich schmeicheln konnte, sie habe die Freiheit auf den Barrikaden erobert, und wenn sie nicht die Monarchie überhaupt über den Haufen geworfen, so sei dies aus ganz besondern Rücksichten geschehen. Wer also nicht gradezu die deutsche Republik wollte, und das wollte auch unter der

Demokratie nur der kleinere Theil, der war für ein östreichisch-deutsches Kaiserthum. Man wählte einen östreichischen Prinzen zum Reichsverweser, man schickte von Frankfurt aus Decrete an das preußische Militär, kurz man behandelte Preußen so ziemlich als eroberte Provinz, bis plötzlich die öffentliche Meinung in das Gegentheil umschlug.

Der Grund davon war, daß bei der allmäligen Beruhigung der Gemüther die Enthusiasten den sogenannten Doctrinärs weichen mußten, daß man sich mehr und mehr von der Unmöglichkeit überzeugte, den preußischen Staat durch Decrete von Frankfurt aus in Bewegung zu setzen, daß man sich wieder daran erinnerte, wie seit 1815 unter Metternichs Leitung die östreichische Hegemonie das mächtigste Hinderniß für die freie deutsche Entwicklung gewesen sei, während sich in Preußen trotz aller einzelnen Schlechtigkeiten doch das wirklich deutsche Leben krystallisirte. Es kam hinzu, daß der vermeintliche Untergang der preußischen Monarchie sich nicht bestätigte, während die östreichische Regierung in immer größere Noth gerieth. So hoffte man nun mit Preußens Hilfe Oestreich zu unterdrücken und auf diese Weise die Einheit Deutschlands herzustellen.

Wenn man die vielen Widersprüche in der endlich in Frankfurt beschlossenen Verfassung einigermaßen erklären will, so muß man sich daran erinnern, daß der Schlußstein dieser Verfassung ein ganz andrer war, als den man ursprünglich beabsichtigt hatte. Es lag in der Idee der Nationalversammlung, auf demokratisch constitutioneller Grundlage zu Frankfurt ein neues Kaiserthum zu errichten, welches die bestehenden Staaten zertrümmern oder sie wenigstens zu der Abhängigkeit von Provinzen herabdrücken sollte. Die Demokraten hätten gern dieses Geschäft einem der ihrigen übertragen, die Politiker des Centrums aber sahen ein, daß man es nur mit der Hilfe von Bajonetten durchsetzen könne, daß also die Kaiserwahl nur dann einen Sinn habe, wenn sie jemand träfe, der Bajonette zu seiner Verfügung hätte. Aus diesem Grunde wählten sie den König von Preußen, indem sie dabei aber dieselbe Vorstellung hatten, wie die Demokraten. Der vom Parlament gewählte Kaiser sollte demselben die preußischen Staatskräfte zur Verfügung stellen und mit ihrer Hilfe auch Oestreich erobern.

Dies Project wurde durch das Gagernsche Programm ganz und gar verändert. Die Politiker des rechten Centrums begriffen das Unheilvolle eines Bürgerkrieges, sie begriffen auch die Nothwendigkeit des östreichischen Gesammtstaates für Deutschland und für die Civilisation im allgemeinen; sie faßten daher die Idee einer Trennung Deutschlands von Oestreich unter preußischer Hegemonie. Aber diese Idee, die an sich fruchtbar hätte sein können, wurde dadurch verkümmert, daß man sie auf einer ganz falschen Basis aufführen mußte. Dem Plan der ganzen Reichsverfassung lag einerseits die Volkssouveränetät,

andrerseits die Territorialintegrität Deutschlands zu Grunde; beides wurde entkräftigt, wenn man einem Fürsten die Krone übertrug, weil er über Bajonette verfügte, und wenn man Oestreich ausschloß.

Diese nachträgliche Ueberlegung soll keineswegs die Handlungsweise der würdigen Männer verurtheilen, die von der unerbittlichen Logik der Ereignisse bestimmt wurden, wenn auch diese Logik zuletzt zu einer dirrationellen Größe führte; sie soll uns nur jetzt, wo wir Zeit haben, ruhig zu überlegen, vor ähnlichen widerspruchsvollen Entwürfen warnen.

Sehen wir nun zu, wie sich diesen Ereignissen gegenüber die östreichische und preußische Regierung verhielten.

Zunächst ist festzustellen, daß von einem aufrichtigen Eingehen in die Ideen der Paulskirche auf beiden Seiten keine Rede war. Von Oestreich verstand sich das von selbst, da diese Pläne zu seinem Nachtheil gereichten; aber auch der preußische Hof zeigte schon damals deutlich genug, daß, wenn die Regierung jene Entwürfe überhaupt in Betracht zog, das nur in dem Sinne geschah, sie nach eignem Ermessen zu benutzen, aber nicht, sich ihnen zu unterwerfen.

Unter diesen Umständen wäre von beiden Regierungen unzweifelhaft der sicherste und geradeste Weg gewesen, sich untereinander zu einigen und das Werk der Erneuerung Deutschlands in ihre Hand zu nehmen. Daß dies nicht geschah, lag daran, daß beide Staaten die Frankfurter Ereignisse für ihr Zwecke auszubeuten wünschten. Von Preußen liegt das auf der Hand; daß aber auch Oestreich darauf speculirte, zeigt die erste Note an Preußen. Denn wenn auch scheinbar die neue Wendung der Dinge für Preußen günstiger war, so hatte Oestreich doch immer noch das Reichsregiment in Händen, es konnte auf den Beistand aller durch Preußen beeinträchtigten Fürsten rechnen, und selbst für die Benutzung anderweitiger Elemente gab ihm die vorübergehende Verbindung der östreichischen und demokratischen Partei eine Handhabe.

An Oestreich war es damals, Preußen offen entgegenzukommen. Man muß aber gestehen, daß die Vorschläge, die es Preußen machte, ganz dazu geeignet waren, dieses zu einer Verbindung mit der parlamentarischen Partei zu drängen.

Oestreich ging keineswegs von dem Grundsatz aus, daß in dem Besitzstand der deutschen Fürstenthümer, wie er im Pariser Frieden geordnet war, keine Veränderung eintreten dürfe; im Gegentheil hatte es die Uebel der Kleinstaaterei wohl erkannt und war nicht abgeneigt, denselben durch Aufstellung neuer Territorialgrenzen abzuhelfen. Allein es stellte die Meinung auf, daß die beiden Großmächte von diesen Veränderungen keinen Vortheil ziehen, daß vielmehr nur die Mittelstaaten dadurch vergrößert werden sollten. In diesen Vorschlägen verkannten die östreichischen Staatsmänner durchaus die eigenthümliche Lage Preußens. Oestreich war aus dem Pariser Frieden als ein vollkommen

arrondirter Staat hervorgegangen, Preußen dagegen als ein zerstückelter, so daß das Streben, sich zu arrondiren, bei jeder günstigen Gelegenheit hervortreten mußte. Die Nothwendigkeit, in die es sich einige Monate darauf versetzt sah, die Truppen des Großherzogthums Baden, das es unter seinen Schutz genommen, auf Feldwegen in sein Gebiet zu schmuggeln, sowie die große Frage wegen der Etappenstraße mußte alle Welt davon überzeugen. Es war also unbillig von Oestreich, wenn überhaupt Territorialveränderungen eintreten sollten, von Preußen zu verlangen, es solle keinen Nutzen daraus ziehen. Aber Oestreich ging noch weiter. Jede Vergrößerung der Mittelstaaten mußte dazu führen, Preußen von seiner Stellung herabzudrücken, es immermehr zu dem Niveau der übrigen Staaten zu führen. Wenn man jene Vorschläge also unparteiisch erwägt, so muthete Oestreich der preußischen Regierung in einem Augenblick, wo anscheinend der Stern derselben im Steigen war, eine Machtverkleinerung zu. Auf diese Vorschläge konnte Preußen nicht eingehen, es konnte sie nicht einmal als einen Ausgangspunkt der Unterhandlungen betrachten; und wenn es nun seinerseits den Fehler beging, die Unterhandlungen mit Oestreich nur zum Schein fortzusetzen und statt dessen mit der parlamentarischen Partei eine Verständigung zu versuchen, um die es ihm doch nicht aufrichtig zu thun war, so war dieser Fehler wenigstens menschlich. Auffallend ist es, daß man damals beiderseits nicht auf einen Gedanken kam, der vielleicht zu einer Verständigung hätte führen können, nämlich zu untersuchen, ob nicht auch eine Vergrößerung Oestreichs im deutschen Interesse liege, ob nicht zur Abwendung aller Rheinbundgelüste eine östreichische Grenze gegen Frankreich ebenso wichtig wäre, als eine preußische.

Genug, die Frage wurde nicht in Erwägung gezogen, und da bald darauf die Auflösung des Parlaments erfolgte, so begann von Seiten der beiden Großmächte jenes Intriguenspiel an den kleinen Höfen, das zuerst zum Dreikönigsbündniß, schließlich zum Bregenzer Vertrag führte. In diesem Spiel war Oestreich in einem ungeheuern Vortheil. Es forderte nichts für sich, es trat als Hort des Bestehenden auf, während Preußen seinen Bundesgenossen schwere Opfer zumuthete, ohne ihnen etwas dafür bieten zu können. Außerdem hatte sich Oestreich sein Ziel sehr klar vorgesteckt, während man nicht übertreibt, wenn man von der damaligen preußischen Regierung behauptet, sie wußte nicht, was sie wollte. Ihre projectirte Unionsverfassung, die nicht auf den Beistand des Volks, sondern auf den Beistand der Fürsten berechnet war, verlor gleich zu Anfang durch die Weigerung Baierns und Würtembergs die nöthige Basis, und daß unter solchen Umständen Hannover und Sachsen bald folgen würden, konnte man schon damals voraussehen. Aber selbst wenn alle Fürsten willig gewesen wären, und wenn Oestreich keinen Einspruch erhoben hätte, so gab die Unionsverfassung, wirklich durchgeführt, Preußen in dem

neuen Bundesstaate der Union eine machtlosere Stellung, als es in Gesammtdeutschland gehabt.

Wenn sich daher die parlamentarische Partei an diese Unionsbestrebungen anschloß, so konnte sie das nur in der Voraussetzung thun, die Hitze des Streits werde Preußen aus seiner antiparlamentarischen Haltung heraustreiben und es dazu veranlassen, über den Buchstaben der Verfassung hinauszugehen; abgesehen davon, daß in der Union doch noch der letzte Rest der Frankfurter Entwürfe enthalten war. Die Partei mußte sehr bald erkennen, daß sie sich in diesen Voraussetzungen getäuscht habe, schon im Januar 1850, noch mehr während des Erfurter Reichstags. Wenn sie dennoch an der Union festhielt, so geschah das nur, wie man auch im Felde bei einer Fahne bleibt trotz der bestimmten Voraussicht der Niederlage.

Wir wollen die Lage, in welche sich Preußen damals versetzt, nicht weiter erörtern. Der Tod des Schimmels von Bronzell ist vielfach genug in komischen Heldengedichten besungen worden, bis endlich die wissenschaftliche Kritik zu dem Resultat kam, daß er noch lebe. Statt dessen wollen wir die Art und Weise ins Auge fassen, wie Oestreich seinen Sieg benutzte.

Gegen die Wiederherstellung des Bundestages wird man nicht viele Einwendungen machen können; es war im Grunde das einzige, was übrigblieb. Außerdem war auch die öffentliche Meinung ganz im Unrecht, wenn sie sich gegen die Existenz des Bundestages auflehnte, da es doch nur auf die Machtbefugnisse desselben und die Art und Weise seiner Abstimmung ankam. Allein in drei Punkten, die Oestreich Preußen aufzwang, hatte es sich schwer an Deutschland versündigt: in der Bundesexecution gegen die Herzogthümer, in der Aufhebung der kurhessischen Verfassung und in der Unterzeichnung des Londoner Protokolls.

Was das erste betrifft, so findet in formeller Beziehung Oestreichs Verfahren freilich viele Entschuldigungsgründe. Preußen hatte in dem Frieden mit Dänemark die Sache der Herzogthümer aufgegeben, und so konnte man den Zustand in denselben nur als eine Insurrection qualificiren. So schlimm also auch die Bundesexecution für Deutschlands Ehre war, so konnte man sich ihr nach diesen Antecedentien auf die Länge nicht entziehen, wenn man nicht eine ausländische Intervention nach einem deutschen Bundeslande herbeiführen wollte. Allein Oestreich darf dabei nicht vergessen, daß auch der Friedensschluß Preußens mit Dänemark vorzugsweise eine Folge der östreichischen Haltung war.

Viel schlimmer stand die Sache in Hessen. Um den Minister, welcher im Interesse Oestreichs in der Unionssache gehandelt hatte, zu schützen, wurde der Rechtszustand des Landes durch ein Mittel aufgehoben, das in Deutschland bisher unbekannt gewesen war, das unsres Wissens in der Geschichte überhaupt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bisher nur bei Gelegenheit der Dragonaden vorgekommen ist. Freilich wer wollte einen Stein gegen die östreichischen Staatsmänner aufheben, da in derselben Zeit von Seiten der preußischen Regierung der verfassungsmäßige Widerstand des kurhessischen Volks als eine Revolution in Schlafrock und Pantoffeln bezeichnet wurde.

Allein den größten Fehler hat Oestreich durch Unterzeichnung des Londoner Protokolls begangen. Zwar hatte es damals alle Ursache, gegen Rußland dankbar zu sein, allein soweit ist die Dankbarkeit doch noch in keinem Staate gegangen. Oestreich konnte ganz von den Ereignissen des Jahres 1848 absehen, an denen sich betheiligt zu haben ihm vielleicht eine unbequeme Erinnerung war; es konnte ganz einfach auf die Bundesbeschlüsse des Jahres 1846 zurückkommen. Wie schön wäre alsdann seine Stellung in Deutschland gewesen, wenn es nach der Besiegung seines Nebenbuhlers die Wahrung der deutschen Ehre, die diesem zugekommen wäre, selbst in die Hand genommen und so kräftig durchgeführt hätte, wie es seine eignen Interessen bisher verfochten. Statt dessen unterzeichnete es einen Vertrag, der keineswegs auf Rechtsgründe, sondern auf Gründe der sogenannten europäischen Convenienz basirt war und der die Zukunft Deutschlands aufs verhängnißvollste aufs Spiel stellte. Daß Preußen seine Rolle bis zum Ende spielte und auch diesem Vertrag nachträglich seine Zustimmung gab, kann Oestreich nicht rechtfertigen.

Dies sind die Punkte, auf welche die letzte preußische Note anspielt. Oestreich hat mit vollem Recht darauf erwidert, man könne daraus nur sehen, wie verhängnißvoll eine jede Uneinigkeit zwischen den deutschen Großmächten sei. Viel wichtiger ist es aber, daß die östreichischen Staatsmänner diese Einigkeit nicht blos ganz abstract auffassen, daß sie vielmehr auch den Inhalt in Erwägung ziehen und die Eventualität überlegen, im Verein mit Preußen auch diese Interessen Deutschlands, für die zu wirken jetzt wieder eine Gelegenheit ist, bei den übrigen europäischen Mächten zu befürworten. In der Broschüre, die wir vor vierzehn Tagen besprachen, und die nach glaubwürdigen Nachrichten, wer auch der Verfasser sein mag, von der östreichischen Regierung gebilligt wird, ist dies deutlich zwischen den Zeilen zu lesen.

So wäre denn jetzt für die beiden deutschen Großmächte der glückliche Fall eingetreten, alles gut zu machen, was früher an Deutschland gesündigt ist. Das Londoner Protokoll ist noch nicht in Ausführung gekommen; die Rechte der Dynastie, welche die Gesammtmonarchie erben soll, sind bisher nur auf das Belieben der Großmächte und auf die sogenannte europäische Convenienz basirt, und es hat sich deutlich herausgestellt, daß diese Convenienz weiter nichts ist, als das Interesse Rußlands. Durch das Fortbestehen der dänischen Gesammtmonarchie wird die Entwicklung Deutschlands, für welche einzutreten Oestreich und Preußen gleichmäßig berufen sind, unmöglich gemacht,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die beiden Herzogthümer werden in dem Zustand beständiger Unzufriedenheit gehalten, und, was charakteristisch ist, das dänische Volk leidet dabei die meiste Einbuße, denn es verliert dadurch seine Verfassung; und dieser ganze unerträgliche Zustand der Dinge beruht auf weiter nichts, als auf einem Federstrich. Die Sache steht also so:

Oestreich und Preußen müssen zu der Einsicht gekommen sein, daß eine vollkommene Einigkeit zwischen ihnen für ihr beiderseitiges Bestehen und für das Wohl Deutschlands eine unerläßliche Nothwendigkeit ist.

Sollte sich Preußen isoliren, während der allgemeine Weltkrieg entbrennt, so wird es entweder, wenn man seine Neutralität gelten läßt, seine Stellung als Großmacht verlieren, oder, wenn es wirklich zu Rußland hält, aller Wahrscheinlichkeit nach zertrümmert werden.

Aber Oestreich hat ein ebenso großes Interesse daran, Preußen für sich zu gewinnen. Wir wollen von den Chancen des unmittelbaren Erfolgs ganz absehen und nur eins feststellen. Sollte Preußen in Bund mit Rußland treten, so nimmt der Krieg einen ganz andern Charakter an. Man wird Polen insurgiren, und man wird sich wieder der Rheingrenze erinnern. Ob Oestreich dieser revolutionären Wendung ruhig entgegensehen darf, wird es selbst am besten wissen. Ferner wird es zu der Einsicht gekommen sein, daß die Rivalität Preußens dadurch am einfachsten beschwichtigt wird, daß dieser Staat eine eigne Sphäre seiner Wirksamkeit gewinnt. Preußen wird allgemein als eine Großmacht angesehen, aber es würde schwer zu entscheiden sein, wo es irgend in der Lage wäre, diese Function auszuüben. Da es doch irgendwo seine Stellung geltendmachen will, so sucht es in Deutschland Erweiterungen; wenn ihm aber Oestreich mit seinem ganzen Einfluß in seinem natürlichen Bestreben zu Hilfe kommt, sich zur Seemacht in der Nordsee und Ostsee zu erheben, so werden diese beiden Arme Deutschlands das gemeinsame Vaterland kräftig im Süden und Norden vertheidigen können, ohne sich je in den Weg zu kommen, vielmehr mit gegenseitiger Förderung ihrer Kräfte; und es wird alsdann eine Veränderung in den innern Zuständen Deutschlands kein so dringendes Bedürfniß sein. Denn die Mittelstaaten können zwar der Einheit Deutschlands nachtheilig werden, wenn Oestreich und Preußen uneinig sind, bei dem Einverständniß derselben dagegen und bei der Beherrschung der russischen und französischen Grenze, sowie der deutschen Küsten durch östreichische und preußische Heere und Flotten wird der Bundestag nichts Anderes sein, als ein Organ für die wirkliche Macht Deutschlands, und man kann der weitern Entwicklung ruhig entgegensehen.

Die Westmächte haben gegenwärtig keinen Grund, wie zur Zeit des Londoner Protokolls, für das russische Interesse zu arbeiten. Sie werden ferner bei der Einsicht, daß der Krieg, an den sie mit ihrer Ehre gebunden

sind, nur mit Hilfe Deutschlands zu einer glücklichen Entscheidung gebracht werden kann, auch zu Opfern bereit sein, und die gegenwärtige Stimmung des dänischen Volks wird ihnen diese Opfer nicht gar zu schwer machen.

Möchten also die Staatsmänner Oestreichs und Preußens sich dahin entscheiden, die Revision des Londoner Protokolls zum Preis ihres Beitritts im Kampf gegen Rußland zu machen und durch ihre Einigkeit das wieder zu gewinnen, was ihre Zwietracht für Deutschland verloren hat.

Aber noch eins sind sie Deutschland schuldig. Noch immer bestehen in Kurhessen die Ausnahmezustände fort. Auf Grund eines Bundesbeschlusses ist der bestehende Rechtszustand unterbrochen worden; durch einen Bundesbeschluß darf an denselben wieder angeknüpft werden. Noch unendlich viele Dinge sind es, welche die Einigkeit der beiden Großmächte für Deutschland gewinnen kann; wir erinnern nur an die kirchliche Frage. Beide Staaten werden sich bald überzeugen, daß eine großherzige und aufrichtige Politik auch stets erfolgreicher ist, als das kleinliche Spiel wechselnder Intriguen.

Sollte diese Einigkeit nicht zu Stande kommen, sollten wir das schreckliche Schauspiel eines deutschen Bruderkrieges noch einmal, und zwar in größerer Ausdehnung erleben, so würde Deutschland und mit ihm seine Großmächte zu Boden getreten werden, wie nach dem dreißigjährigen Kriege, und dies Mal würde das Wiederauferstehen schwerer sein, da wir es mit viel gefährlichern Gegnern zu thun haben.

---

## Literaturgeschichte.

Jahrbuch für deutsche Literaturgeschichte. Herausgegeben von August Henneberger. Erster Jahrgang. Meiningen, Brückner und Renner. —

Thüringen, das sich früher durch seine Betheiligung an der wirklichen Literatur vor den übrigen deutschen Landschaften so vortheilhaft ausgezeichnet hat, scheint jetzt zu wetteifern, auch die Geschichte der Literatur so sehr als möglich zu fördern. Es sind erst einige Wochen her, daß wir das Erscheinen des Weimarischen Jahrbuches für Literatur anzeigten; das vorliegende Werk tritt ihm würdig an die Seite. Der Herausgeber geht von dem Grundsatz aus, daß für die allgemeine Geschichte der deutschen Literatur jetzt vorläufig genug geschehen ist, daß die Gesichtspunkte von allen Seiten genügend erörtert sind, und daß für ein Gesammtbild der literarischen Entwicklung vorläufig nicht viel mehr geschehen kann. Es sei daher jetzt an der Zeit, durch monographische Arbeiten allmälig soviel neues Material zu sammeln, bis dann eine neue Ueberarbeitung